

# **„Heim-TÜV“ 2023 – Teil III - Kommunale Unterbringung von Geflüchteten in Sachsen**

## **- Bewohnerperspektive -**

### **Zusammenfassung der qualitativen Befragung**

#### **1. Zielsetzung und Hintergrund**

Integration und soziale Teilhabe von Geflüchteten hängen in hohem Maße von deren Unterbringung ab. Welche Bedingungen liegen in diesem Zusammenhang im Bundesland Sachsen vor? Dieser Frage geht die „Heim-TÜV“-Studie zur kommunalen Unterbringung von Geflüchteten aus Bewohnersicht in Sachsen nach, die im Auftrag des Sächsischen Ausländerbeauftragten von der Dresdner Forschungswerk GmbH mit wissenschaftlicher Begleitung von Prof. Dr. Lutz Hagen, Institut für Kommunikationswissenschaft TU Dresden, durchgeführt wurde. Im Blickpunkt steht dabei erstmals die Bewertung der Unterbringungssituation aus Sicht der Betroffenen. Die Studie gleicht damit die Ergebnisse der vorherigen Untersuchungen aus dem „Heim-TÜV“ 2017 Teil I Evaluation der dezentralen Unterbringung und der unteren Ausländerbehörden im Freistaat Sachsen und aus dem „Heim-TÜV“ 2019 Teil II Die Unterbringungssituation in Sachsens Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete ab. Gleichzeitig flankiert sie die parallele Studie zur Unterbringung in Aufnahmeeinrichtungen des Freistaates Sachsen.

#### **2. Methode**

Die Studie verfolgt einen qualitativen Untersuchungsansatz. Ursprünglich war eine quantitative Befragung vorgesehen, die sich allerdings in Bezug auf Aufwand, Bearbeitungszeit und Kosten als zu umfangreich erwies. In zwei Erhebungsphasen (Ende Juli bis Mitte August 2021 sowie Mitte August 2022 bis Anfang Januar 2023) wurden insgesamt 35 Interviews mit Personen in gemeinschaftlicher und dezentraler Unterbringung in Sachsen durchgeführt. Dabei wurde auf eine geografische Abdeckung aller Landkreise und kreisfreien Städte in Sachsen geachtet. In Summe wurden 43 Personen in 27 Einzel- und acht Paarinterviews befragt. Ein Großteil der Interviews (n=23) fand in der Herkunftssprache der Befragten unter Einsatz von Sprachmittlern statt. Die restlichen Interviews wurden in deutscher oder

englischer Sprache geführt. Die in der Studie befragten Personen stammen aus insgesamt 23 Herkunftsländern.

Die Studie gibt einen detaillierten Einblick in das Alltagsleben von Geflüchteten in kommunaler Unterbringung in Sachsen. Sie kann aufgrund des qualitativen Methodendesigns allerdings kein vollständiges Bild der Unterbringungssituation liefern. Es ist zudem nicht auszuschließen, dass aufgrund der Rekrutierung der Interviewpartner durch Ansprechpartner der Flüchtlingssozialarbeit eine Verzerrung der tatsächlichen Situation vorliegt.

### 3. Ergebnisse und Empfehlungen

- Personen in dezentraler Unterbringung zeigen insgesamt eine hohe Zufriedenheit mit der eigenen Unterbringungssituation. Das Leben in einer Privatwohnung ermöglicht eine selbstbestimmte Lebensführung und ein hohes Maß an Privatsphäre.
- Kritik wird nur an einzelnen Aspekten geübt und zwar grundlegend an der fehlenden Mitbestimmung bei der Auswahl der Wohnung sowie der fehlenden Transparenz bei der Zuweisungspraxis. Darüber hinaus gibt es einige individuelle Kritikpunkte. Kinderreiche Familien nehmen die Anzahl der zur Verfügung stehenden Wohnräume vielfach als unzureichend wahr. Auch der Zustand von Wohnung und Mobiliar sowie die Lage der Wohnungen werden in Teilen kritisiert. Insgesamt bestehen unterschiedliche Ausgangsbedingungen, die mit einheitlichen Vorgaben zur dezentralen Unterbringung besser reguliert werden könnten.
- Die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften wird als akzeptable Zwischenlösung wahrgenommen. Der Umzug in eine Privatwohnung sollte vor dem Hintergrund besserer Wohnbedingungen, erhöhter Integrationspotenziale sowie (langfristiger) finanzieller Vorteile für die Kommunen jedoch ein allgemeines Ziel der kommunalen Flüchtlingspolitik darstellen.
- Die konkrete Zufriedenheit mit der Unterbringungssituation in Gemeinschaftsunterkünften variiert stark und ist von einer Vielzahl von Faktoren abhängig. Eines der zentralen Kriterien ist die Unterbringungsform. Personen, die in abgeschlossenen Wohneinheiten mit eigenem Bad und eigener Küche leben, bewerten ihre Situation deutlich positiver als Personen, die auf die Nutzung von Gemeinschaftsanlagen angewiesen sind. Letztere berichten deutlich häufiger von Konflikten im alltäglichen Zusammenleben sowie Problemen mit der Sauberkeit.
- Insbesondere bei Einrichtungen mit Gemeinschaftsanlagen sind die Größe der Unterkunft sowie die Sozialstruktur der Bewohner ausschlaggebende Faktoren des subjektiven Wohlbefindens. Kleinere Unterkünfte mit maximal 80 Bewohnern begünstigen eine intensivere Vernetzung der Bewohner untereinander. Zudem zeigen sich hier tendenziell bessere Ausgangsbedingungen in Bezug auf die Freizeitgestaltung - sowohl in Bezug auf das Vorhandensein und die Ausstattung von Gemeinschaftsräumen und Außenanlagen als auch das Freizeitangebot seitens der Einrichtung (z.B. Veranstaltungen, Kurse). In größeren Unterkünften mit überwiegend alleinstehenden Männern wird hingegen häufiger von Konflikten unter den Bewohnern berichtet, der vielfach zum Rückzug der Bewohner führt.
- In Einzelfällen berichten Bewohner von Gemeinschaftsunterkünften Zustände, die von den Mindestanforderungen an eine humanitäre Unterbringung z.T. stark abweichen. Um problematische Einrichtungen schnell identifizieren zu können, gilt es eine verbindliche Kontrolle der Einhaltung der vom Bundesland empfohlenen Mindeststandards einzurichten.

- Der Aufenthaltsstatus ist ein zentrales Kriterium der individuellen Lebensqualität, der die Bewertung der Unterbringungssituation stark überlagert. Ein gesichertes Bleiberecht in Deutschland und die damit verbundene Möglichkeit, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, sind eine existenzielle Grundlage für alle Geflüchteten. Vor diesem Hintergrund gilt es, nicht nur die konkrete Ausgestaltung der kommunalen Unterbringung sondern auch die Rahmenbedingungen einer erfolgreichen Integration in den Blickpunkt zu nehmen, zu denen auch die Möglichkeiten zum Spracherwerb sowie der Zugang zum Arbeitsmarkt zählen. Die Studie zeigt in diesem Zusammenhang einen deutlichen Verbesserungsbedarf – ein Befund, der insbesondere im Hinblick auf den bestehenden Arbeitskräftemangel von hoher Relevanz ist.